

Anke Schöb

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Gerechtigkeitsempfinden im Meinungsbild

- *Mehrheitlich hohes Gerechtigkeitsempfinden in Stuttgart sowie in Deutschland.*
- *Unterschiede zwischen Altersgruppen bei Gerechtigkeitsvorstellung.*
- *Als Verteilungsvorstellungen werden das Leistungs- und Bedarfsprinzip in Europa gemeinsam geteilt.*
- *Einkommensungleichheit bestimmt nicht Gerechtigkeitsvorstellungen.*

Hohes Gerechtigkeitsempfinden in Stuttgart

Wie gerecht es in unserer Gesellschaft zugeht, ist aufgrund der aktuell düsteren Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung wieder häufiger Gegenstand von Diskussionen. Gerade angesichts der zuletzt drastisch gestiegenen Inflation sehen sich viele Menschen mit finanziellen Engpässen oder gar Notlagen konfrontiert. Das wirft die Fragen auf, wie es um das Gerechtigkeitsempfinden bestellt ist und wovon es abhängt, ob die Menschen der Meinung sind, ihren gerechten Anteil zu erhalten.

Für die Stuttgarter Bevölkerung hat eine Auswertung der Bürgerumfrage 2021 kürzlich eine Antwort geliefert (Heinsohn 2021). Demnach stimmt die große Mehrheit zu, im Vergleich zu anderen, die in Stuttgart leben, ihren gerechten Anteil (68 %) oder sogar mehr als den gerechten Anteil (11 %) zu erhalten. 18 Prozent bezeichnen ihren Anteil am Lebensstandard als „etwas weniger“, und drei Prozent als „sehr viel weniger“. Überraschenderweise hängt diese Einstellung jedoch nicht davon ab, über wieviel Einkommen eine Person verfügt. Dabei wäre ja zu vermuten gewesen, dass diejenigen mit geringerem Einkommen eher angeben, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Grund genug, diesem unerwarteten Befund hier nachzugehen.

Der vorliegende Beitrag versucht dies gleich in mehrfacher Hinsicht. Zunächst untersuchen wir die Stuttgarter Ergebnisse getrennt nach Geschlecht und Alter der Befragten und setzen sie in Relation zu den Werten in Deutschland. Die Daten der regelmäßigen ALLBUS-Befragungen erlauben zudem nachzuzeichnen, wie sich das Gerechtigkeitsempfinden in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Schließlich erfolgt eine konzeptionelle Differenzierung. Anhand der Daten des European Social Survey betrachten wir verschiedene Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens in 29 europäischen Ländern. Der Vergleich ermöglicht schließlich zu testen, ob das Gerechtigkeitsempfinden davon abhängt, wie ungleich die Einkommen im Land verteilt sind.

Gerechtigkeitsempfinden in Stuttgart und in Deutschland

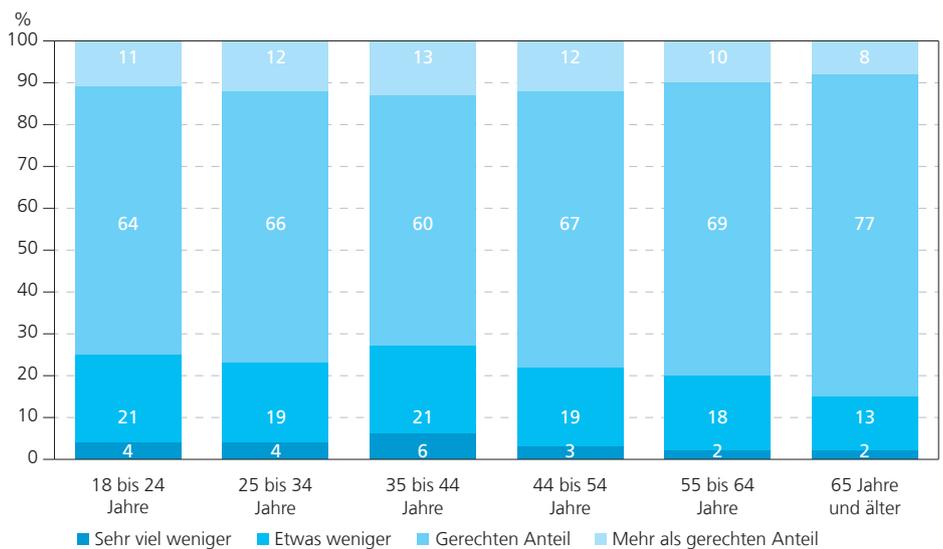
Genauso wenig wie zwischen Einkommensgruppen variiert in Stuttgart das Gerechtigkeitsempfinden zwischen Männern und Frauen: Männer (69 %) und Frauen (67 %) sind sich mehrheitlich gleich einig, dass sie ihren gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten.

Generationenunterschiede im Gerechtigkeitsempfinden

Aufschlussreicher ist hingegen der Blick auf die Altersgruppen. Wie Abbildung 1 zeigt, sehen sich vor allem ältere Stuttgarterinnen und Stuttgarter bessergestellt: 85 Prozent der Befragten über 64 Jahren finden, sie erhalten ihren gerechten Anteil oder sogar mehr. Am niedrigsten ist dieser Wert mit 73 Prozent nicht unter den Jüngeren, sondern in der mittleren Altersgruppe der 35 bis 44-Jährigen.

Einerseits kennt man diesen Verlauf entlang einer ähnlich geformten Kurve aus den Untersuchungen zum Glücksempfinden. Andererseits könnte dies auch Ergebnis der Ungleichverteilung bei der Finanzierung von Transferleistungen sein, die bei Erwerbstätigen der mittleren Generation in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen besonders zu Buche schlagen. Doch selbst in dieser Gruppe ist das Gerechtigkeitsempfinden verglichen mit dem gesamtdeutschen Durchschnitt ausgesprochen hoch.

Abbildung 1: Subjektive Einschätzung des gerechten Anteils am Lebensstandard in Stuttgart 2021 nach Altersgruppen



Quelle: Stuttgart-Umfrage 2021

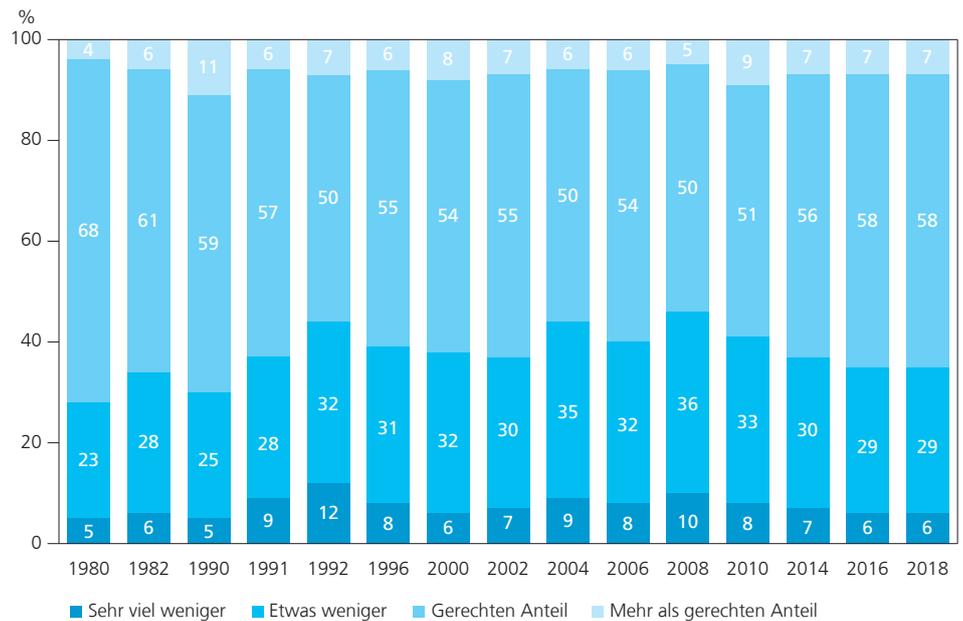
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Ko^munIS

In Deutschland wird Gerechtigkeitsvorstellung mehrheitlich als gerecht empfunden

Dies geht aus Abbildung 2 hervor, die die zeitliche Entwicklung des subjektiven Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland seit den 1980er-Jahren anhand der ALLBUS-Befragungen darstellt. Zuletzt waren 65 Prozent der Meinung, den gerechten Anteil (oder mehr) zu erhalten. Auch wenn die Anteilswerte seit 2008 leicht zugenommen haben, fällt das Urteil in Deutschland im Mittel weit weniger positiv aus als in Stuttgart. Selbst in den 1980er-Jahren, als das Gerechtigkeitsempfinden mit Zustimmungswerten um die 70 Prozent im Bundesdurchschnitt vergleichsweise ausgeprägt war, erreichte es nicht das Niveau, das wir heute in den verschiedenen Altersgruppen in Stuttgart messen. Die Gründe für den Verlauf in den vergangenen 40 Jahren erschließen sich nicht auf Anhieb. Zumindest scheint sich das Gerechtigkeitsempfinden losgelöst von der Einkommensungleichheit entwickelt zu haben, die bis zum Ende der 1990er-Jahre relativ konstant geblieben war. Erst in diesem Jahrtausend nahm die Einkommensungleichheit merklich zu; das Gefühl, den gerechten Anteil zu erhalten, tendenziell jedoch ebenfalls. Daher nehmen wir abschließend die verschiedenen Dimensionen, aus denen sich das Gerechtigkeitsempfinden zusammensetzt, genauer unter die Lupe.

Abbildung 2: Subjektive Einschätzung des gerechten Anteils am Lebensstandard in Deutschland 1980 bis 2018



Quelle: ALLBUS 1980-2018, eigene Berechnung

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens in Europa

Unterscheidung von vier Gerechtigkeitsvorstellungen

Was genau beschreibt überhaupt Gerechtigkeitsempfinden? Das subjektive Gefühl kann sich auf die Verteilung von Gütern (wie Einkommen, Vermögen), Chancen (wie Bildung, Arbeitsmöglichkeiten) oder Leistungen (wie Steuern) beziehen. Für die individuelle Wahrnehmung einer Person ist dabei entscheidend, inwiefern die Verteilungsergebnisse mit den eigenen normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, übereinstimmen. In der Gerechtigkeitsforschung werden dabei vier Verteilungsprinzipien¹ unterschieden (vgl. European Social Survey (2021)):

Gleichheit:	Jeder soll den gleichen Anteil an Gütern und Leistungen erhalten.
Leistung/Verdienst:	Wer mehr beiträgt, soll auch einen größeren Anteil erhalten.
Bedarf/Bedürftigkeit:	Jeder erhält den erforderlichen Anteil zur Grundsicherung.
Anrecht/Anspruch:	Statusmerkmale (Familienansehen; Herkunft; vergangene Leistungen) entscheiden über den Anteil an Gütern und Leistungen.

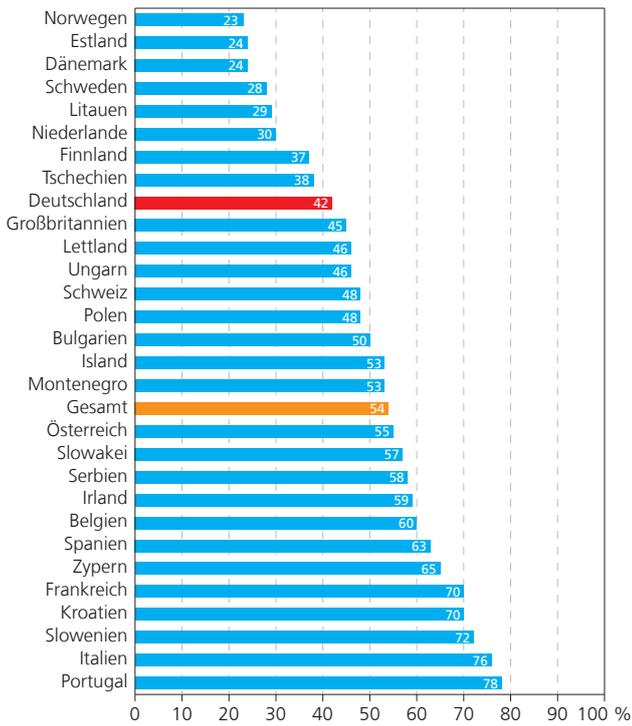
Vergleich in Europa, Deutschland und Stuttgart

Dank der Umfragedaten aus dem European Social Survey lässt sich messen, wie stark die einzelnen Prinzipien in 29 europäischen Ländern ausgeprägt sind. Tatsächlich macht die Auswertung deutlich, dass Leistungs- und Bedarfsprinzip deutlich höhere Zustimmung als das Gleichheitsprinzip und das Prinzip statusbasierter Ansprüche erfahren.

Gleichheitsvorstellung wird nicht überall geteilt

Dem **Gleichheitsprinzip** (vgl. Abbildung 3), bei dem eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind, stimmt in Europa eine knappe Mehrheit (54 %) zu. Die Zustimmungswerte variieren dabei erheblich zwischen 23 Prozent (Norwegen) und 78 Prozent (Portugal). Bemerkenswerterweise sind die skandinavischen Länder mit ausgebauten Wohlfahrtsstaat eher am unteren Ende vertreten. Die stärker von Ungleichheit geprägten südeuropäischen Länder finden sich hingegen allesamt auf den vorderen Plätzen bei der Unterstützung des Egalitarismus. Deutschland liegt mit 42 Prozent Zustimmung unter dem europäischen Schnitt.

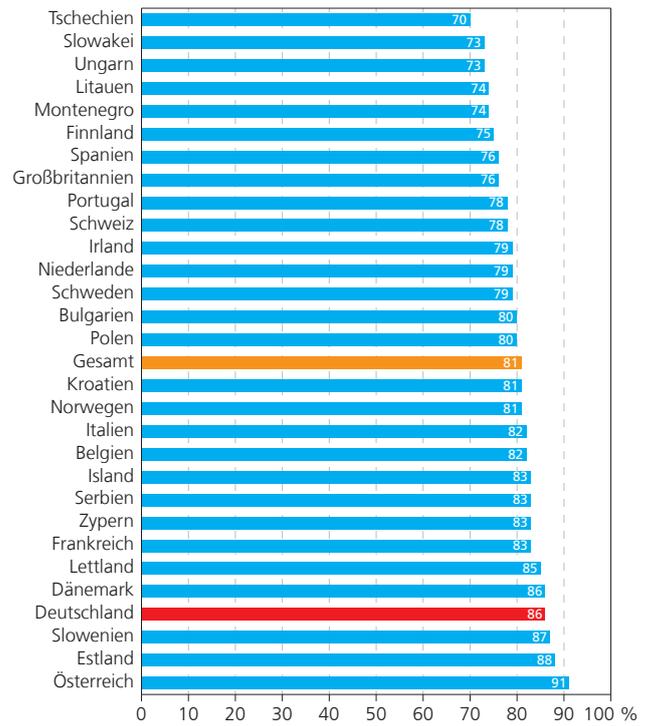
Abbildung 3: Zustimmung zum Gleichheitsprinzip in europäischen Ländern 2018/2019



Quelle: European Social Survey, Welle 9, eigene Berechnung

Lesehilfe: In Deutschland stimmen 42 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.

Abbildung 4: Zustimmung zum Leistungsprinzip in europäischen Ländern 2018/2019

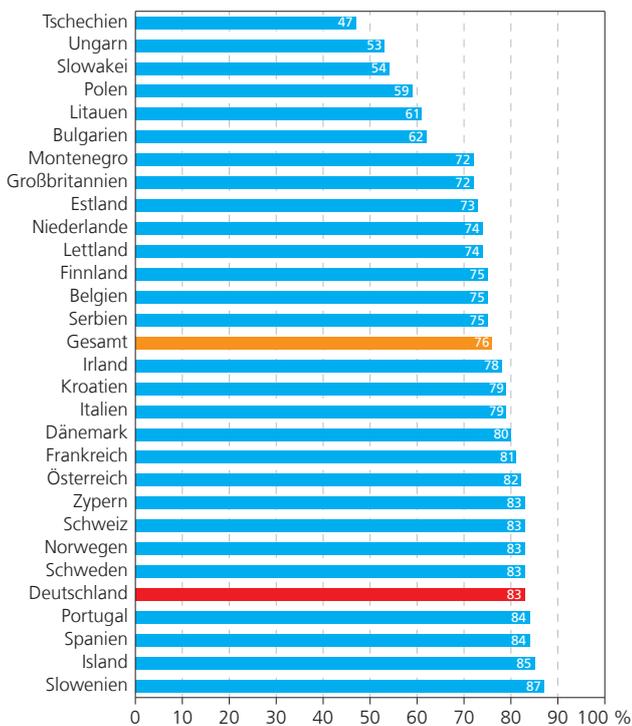


Quelle: European Social Survey, Welle 9, eigene Berechnung

Lesehilfe: In Deutschland stimmen 86 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.

194

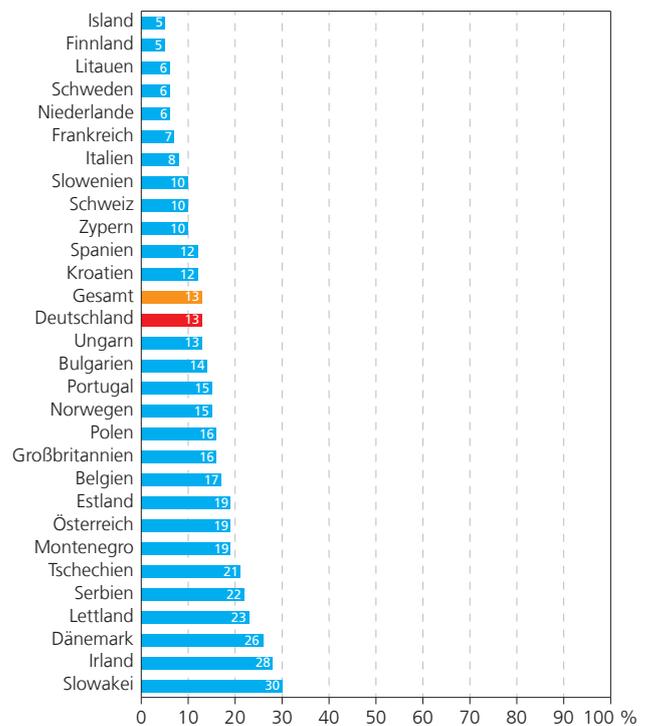
Abbildung 5: Zustimmung zum Bedarfsprinzip in europäischen Ländern 2018/2019



Quelle: European Social Survey, Welle 9, eigene Berechnung

Lesehilfe: In Deutschland stimmen 83 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.

Abbildung 6: Zustimmung zum Anrechtsprinzip in europäischen Ländern 2018/2019



Quelle: European Social Survey, Welle 9, eigene Berechnung

Lesehilfe: In Deutschland stimmen 13 Prozent der Befragten der Aussage zu oder stark zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen.

Leistungsprinzip wird mehrheitlich zugestimmt

Die höchste Zustimmung erfährt das **Leistungsprinzip** (vgl. Abbildung 4): Das europäische Mittel liegt hier bei 81 Prozent Zustimmung. Eine deutliche Mehrheit in Europa empfindet also die Verteilung von Gütern und Leistungen in einer Gesellschaft als dann gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr erhalten als andere. Dabei variieren die Werte im Vergleich zum Gleichheitsprinzip weniger stark. Den niedrigsten – aber mit 70 Prozent immer noch respektablem – Wert erreicht Tschechien. Länder aus Osteuropa sind vermehrt am unteren Ende vertreten. Deutschland liegt mit 86 Prozent Zustimmenden auf dem vierten Platz und bestätigt das Klischee einer meritokratisch geprägten, arbeitsamen Gesellschaft.

Bedarfsprinzip wird überwiegend zugestimmt

Als bedeutsam in Europa erweist sich auch das **Bedarfsprinzip** (vgl. Abbildung 5), bei dem eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben (vgl. Abbildung 5). Mit 76 Prozent unterstützt eine Mehrheit in Europa die Verteilung von Gütern und Leistungen nach dem Bedarfsprinzip. Lediglich in Tschechien findet sich keine Mehrheit für die Allokation der Güter und Leistungen nach dem individuellen Bedarf (47 %). Weitere osteuropäische folgen auf den hinteren Plätzen. Eine deutliche Zustimmung zeigt sich in Deutschland. Hier sagen 83 Prozent, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben. Das trifft ebenso auf mitunter recht unterschiedliche Länder sowohl aus Süd- als auch aus Mittel- und Nordeuropa zu.

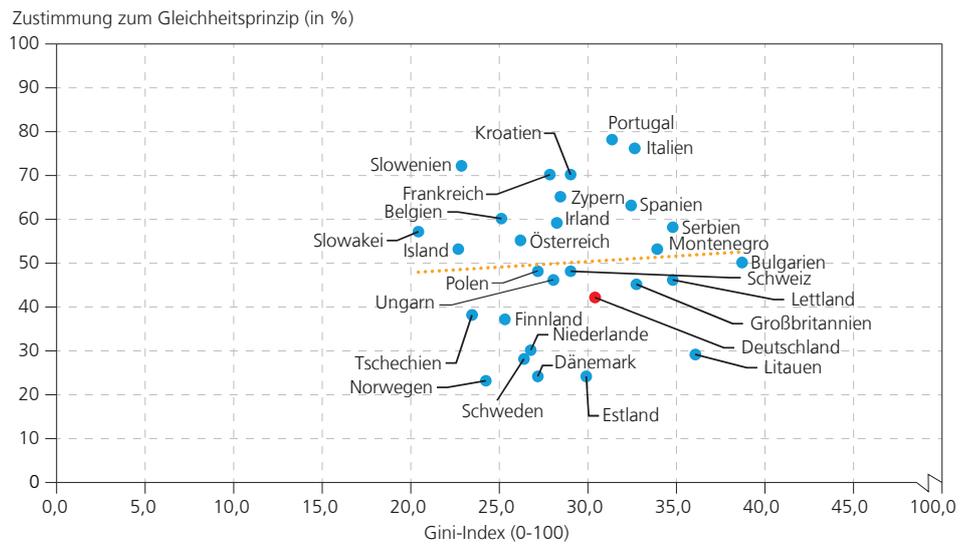
Anrechtsprinzip wird kritisch betrachtet

Eine Verteilung von Gütern und Leistungen nach dem **Prinzip statusbasierter Ansprüche**, bei dem eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen, wird in Europa eher kritisch gesehen (vgl. Abbildung 6). Deutschland liegt hier auf dem europäischen Niveau (13 %). Keine Mehrheit in Europa unterstützt damit die Verteilung von Gütern und Leistungen nach dem Anrechtsprinzip. Ein deutliches Zeichen, dass die Zeiten von familiär tradierten Privilegien in modernen Gesellschaften der Vergangenheit angehören. Der noch größte Anteil der Befürworter findet sich in der Slowakei mit 30 Prozent.

Lassen sich nun die beobachteten Verteilungen der Gerechtigkeitsprinzipien auf die tatsächliche Verteilung der Einkommen im jeweiligen Land zurückführen? Denkbar wäre ja, dass beispielsweise dort, wo die Einkommen ungleich verteilt sind, das Gleichheitsprinzip stärker eingefordert wird – also die Forderung der gleichmäßigen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Um einen solchen Zusammenhang zu untersuchen, korrelieren wir den Gini-Index mit den Zustimmungswerten zu den vier Aussagen über Gerechtigkeit. Der Gini-Index ist das übliche Maß für die Verteilung des Einkommens (nach Steuern und Transferleistungen) in der Bevölkerung und nimmt Werte zwischen 0 und 100 an: Je höher der Wert, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung. So weist Bulgarien den höchsten Index mit 39,6, und die Slowakei den niedrigsten mit 20,9 auf. Der Wert für Deutschland liegt bei 31,1.

Der Zusammenhang zwischen Gini-Index und Gleichheitsprinzip stellt sich zwar als positiv, aber sehr schwach heraus (vgl. Abbildung 7). Das heißt, es kann nicht geschlussfolgert werden, dass in Ländern mit hoher Einkommensungleichheit das Gleichheitsprinzip höhere Zustimmung genießt. Die Korrelation (r) liegt hier bei 0,07 (nicht signifikant). Auch für die drei weiteren Gerechtigkeitsvorstellungen Leistungsprinzip ($r=-0,01$ n.s.), Bedarfsprinzip ($r=-0,03$ n.s.) und Anrechtsprinzip ($r=-0,03$ n.s.) weisen keine systematischen Zusammenhänge mit der Einkommensungleichheit auf. Insgesamt können wir also feststellen, dass die ungleiche Verteilung der Einkommen in den Ländern nicht als Erklärung für die Unterschiede in den Gerechtigkeitsbewertungen in Europa dienen kann.

Abbildung 7: Gleichheitsprinzip und Einkommensungleichheit korrelieren nur schwach miteinander



Quelle: European Social Survey, Welle 9, EU-SILC 2018

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Fazit

Für wie gerecht eine Gesellschaft erachtet wird, hat eine große Bedeutung für Verteilungsfragen, denen in der aktuellen wirtschaftlichen Situation eine immer größere Relevanz zukommen. Im Zusammenspiel mit den zugrundeliegenden Prinzipien, welche Form der Gerechtigkeit anzustreben ist, bestimmt das Gerechtigkeitsempfinden, wie lautstark der Wunsch nach Umverteilung vorgetragen wird.

Zieht man die Umfragedaten zurate, wird deutlich, dass in Stuttgart eine große Mehrzahl an Bürger*innen findet, den gerechten Anteil im Vergleich zu anderen zu erhalten. Das trifft in etwas geringerem Ausmaß auch auf Deutschland zu. Der Vergleich über die Zeit deutet auf eine leichte Zunahme des Gerechtigkeitsempfinden in den letzten Jahren hin.

Weiterhin offen bleibt die Frage, wonach sich das Gerechtigkeitsempfinden bestimmt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es eben nicht die materielle Ausstattung oder die objektiv messbare Einkommensungleichheit zu sein scheinen, die das subjektive Gefühl beeinflussen. Naheliegender wäre daher, entweder tiefergehende Persönlichkeitsmerkmale oder politische Orientierungen in Betracht zu ziehen. In jedem Fall kann aber Gerechtigkeitsempfinden als Faktor herhalten, um zu erklären, weshalb umverteilende Maßnahmen seitens der Politik (nicht) die notwendige Unterstützung bei den Wählerinnen und Wählern erhalten.

Autorin:
Anke Schöb
Telefon: (0711) 216-98553
E-Mail: anke.schoeb@stuttgart.de

1 Die vier Verteilungsprinzipien stellen eine theoretische Neuaufstellung der vier Gerechtigkeitsideologien (vgl. Liebig/Hülle/May (2016); Schöb, Anke (2017)) dar. Dabei bezeichnet Egalitarismus das Verteilungsprinzip Gleichheit, Individualismus bezeichnet Leistung und Askriptivismus bezeichnet Anspruch. Bedarf wird als neues Verteilungsprinzip aufgenommen. Die Gerechtigkeitsideologie Fatalismus fällt weg (vgl. Liebig/Hülle/May (2016)).

Literaturverzeichnis:

Adriaans, Jule; Liebig, Stefan (2021), Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa, S. 278-285. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

European Social Survey (2021), Gerechtigkeit und Fairness in Europa. Ergebnisse der 9. Welle des European Social Survey. ESS Topline Results Series 10.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2021): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS Kumulation 1980-2018 GESIS, Köln. ZA 5274 Datenfile Version 1.1.0, doi: 10.4232/1.13748.

Heinsohn, Till (2021), Stuttgarterinnen und Stuttgarter erhalten nach eigener Wahrnehmung ihr gerechtes Stück vom Kuchen – die Höhe des Einkommens spielt dabei eine untergeordnete Rolle. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 9-10/2021, S. 249-250.

Liebig, Stefan; Hülle, Sebastian; May, Meike (2016), Principles of the Just Distribution of Benefits and Burdens: The "Basic Social Justice Orientations" Scale for Measuring Order-Related Social Justice Attitudes. SOEPpapers 831-2016.

Schöb, Anke (2017): Gerechtigkeit im Meinungsbild der Stuttgarter Bevölkerung. Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 7/2017, S. 207-218.